

Druck- und Verlagsanstalt: Die Rheinische Presse 20 Pl.,
Worms 60 Pl. — Schrift der Anzeigenverwaltung 4 Hefen monatlich. — Preis 10 Pf.

Dienstag den 15. April 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Erhebung des 2.50 vierteljährlich, Postbezugspreis
im Orts- u. Hochdruckvertrieb 2.75, im Fernvertrieb 2.50, Beleggeld 30 Pf.

Zur Lage im Reich. — Vor den Friedens- verhandlungen.

In München ist die Rätebewegung noch nicht abgeklungen. Die Spartakisten führen einen verzweifelten Kampf um ihre Macht. So gar mit Minenwerfern gehen sie gegen die Regierungstruppen vor. Im rheinisch-westfälischen Industrie- und Kohlenbezirk wird weiter gestreikt, so daß wir bald am Ende unseres wirtschaftlichen Lebens sein müssen. Württemberg, das nach der Besetzung des Saargebiets auf die Ruhrkohlen direkt angewiesen ist, wird bald seine industrielle Tätigkeit aber auch seinen Eisenbahnverkehr einstellen müssen. Bei der gestrigen sozialdemokratischen Interpellation in der Nationalversammlung über die Lebensmittelfrage stellte der Ernährungsminister, der Sozialist Schmidt, fest, daß in letzter Zeit große Lebensmittel-lager in erheblichem Umfang geplündert worden seien, was unsere Kredit im Ausland schwer schädige und die Einfuhr erschwere. Es sei zu befürchten, daß wenn wir die finanziellen Mittel nicht aufbringen können, die Lebensmittelverhältnisse noch auf der Fahrt undieckert werden, und ihren Bestimmungsort Deutschland überhaupt nicht erreichen. Durch die dauernden Streiks, die oft durch die Frage entstehen, ob bei der Entlassung irgend eines Angestellten diese oder jene Angestellten mitzunehmen habe, komme die Nation in Gefahr, in ihrer Lebenshaltung benachteiligt zu werden. Die deutschen Schiffe fahren mit Ballast aus, obgleich wir in der Lage wären, Kaffee als Zahlungsmittel auszuführen. Schließlich könne doch nicht eine einzelne Erwerbsgruppe unter Ausnutzung der Zwangslage der heutigen Gesellschaft auf der uneingeschränkten Erfüllung ihrer Forderungen bestehen. Gerade die Bergarbeiter, die eine bessere Lebensmittelversorgung verlangen, hätten dem Ernährungsminister durch ihre Ausstände die größten Hindernisse bei der Besserung der Lebensmittelversorgung in den Weg gesetzt. Wenn Unruhe in der Bevölkerung vorhanden sei, so möge sich diese an die einzeln Schuldigen halten. Die ausländischen Lebensmittel sollten in die Großstädte kommen, wo sie am nächsten gebraucht werden, ebenso in die Industriebezirke, die unser Wirtschaftsleben wieder hochbringen sollen. Der Vorwurf, daß uns die Entente besonders hohe Preise auferlege, sei unbegründet, die einzeln Schuldigen seien in erhöhtem Maße wir selbst, weil infolge des Zusammenbruchs unseres Wirtschaftslebens unsere Valuta fortgesetzt ganz erschrecklich sinke. Am 4. März habe das Rilo Spek 3.37 M gekostet, durch das Sinken der Valuta sei es am 10. April schon auf den Preis von 10.82 M gestiegen. Nur die deutsche Arbeitererschaft könne durch Steigerung der Erzeugung die Einfuhr ausländischer Lebensmittel fördern. In Berlin haben die Angestelltenverbände sich jetzt hinter die Bankbeamten gestellt, die das Mitbestimmungsrecht der Angestelltenausschüsse in den Betrieben bei der Entlassung fordern. Die Angestellten haben beschlossen, in den Generalstreik zu treten, falls ihre Forderungen nicht genehmigt werden. Im Falle des Generalstreiks ist mit Sympathiestreiks der Angestellten in anderen Großstädten zu rechnen.

Daß die Entente ihre Freude an den vermorenen wirtschaftlichen und politischen Zuständen bei uns hat, ersehen wir aus einem Leitartikel der „Times“, der sich mit den Entschädigungsforderungen der Entente an Deutschland beschäftigt. Während nach den französischen Meldungen Deutschland zu 125 Milliarden Entschädigung verurteilt werden soll, gibt die „Times“ den Entschädigungssatz auf 200 Milliarden an, und meint dazu, es wäre besser gewesen, man hätte zuerst sämtliche Forderungen der Alliierten festgesetzt, und hätte dann Deutschland gezwungen, diesen Forderungen nachzukommen, oder Bankrott zu machen. Das ist es, was man in England will: Das deutsche Volk soll nicht nur politisch machtlos werden, sondern auch zum wirtschaftlichen Bankrott getrieben werden. Und diese Wünsche des konsequentesten unserer Feinde werden durch die Streiks und Unruhen aufs beste und nachhaltigste gefördert. Ob das deutsche Volk jetzt bald aufwachen wird von seinem Taumel einerseits, und von seiner Apathie andererseits? Wie von unterirdischer Seite aus Berlin gemeldet wird, soll der Viererrat (Cloyd George, Wilson, Clemenceau und Orlando) die Friedensbedingungen jetzt soweit fertiggestellt haben, daß sie der deutschen Abordnung vorgelegt werden können. Wie Havas aus Paris meldet, werde Clemenceau dem deutschen Außenminister in der Präferenz von Versailles den Text der einstimmig von der Alliiertenkonferenz angenommenen Bedingungen zur Kenntnis bringen. Wie diese Bedingungen ausfallen werden, das geht aus einer weiteren Havasmeldung hervor, daß Frankreich vollbefriedigt sei, denn das Saarbecken werde Frankreich auf ewige Zeiten zuerkannt. Frankreich werde das Postzeiwesen erhalten während Deutschland für die Einwohner des Landes verantwortlich bleiben solle. Das wäre also wie in Ägypten oder Marokko, wo Sultane sitzen, die aber nichts zu sagen haben, während die Engländer und Franzosen das Land beherrschen und ausbeuten. Die Einwohner des Saarbeckens dürfen dann nach 15 Jahren, — bis dahin soll Deutschland seine Schulden bezahlt haben — über ihre Zugehörigkeit abstimmen. Natürlich wird bis dahin kein Einwohner mehr nach Deutschland zurückwollen, denn diejenigen die das wollen, sind vorher hinausgeworfen worden. Dann soll das Rheinufer neutralisiert werden, d. h. Deutschland soll verboten werden, Festungen und Garnisonen dort zu unterhalten, und außerdem sollen die Rheinbrücken von den Franzosen 15 Jahre lang besetzt gehalten werden. Auch werden Deutschland Einschränkungen seiner Rüstungen auferlegt werden. Daß Frankreich den Besitz des gesamten linken Rheinufers anstrebt, sehen wir aus den Vorarbeiten in der Pfalz, wo die deutschen Zeitungen gezwungen werden, dauernd Stimmungsbilder in diesem Sinne anzunehmen. So war aber das „edelmütige, gerechte“ Frankreich schon seit 300 Jahren, und unsere Regierung hätte Deutschland gegen die ihr bekannte Koalition in anderer Weise schützen müssen, als sie es getan hat, und sich nicht auf die Kraft des Volkes allein verlassen müssen. Aber trotz allem, wir brauchen, wenn wir einig zusammenstehen, uns solche Bedingungen nicht gefallen lassen. Der „Vorwärts“ schreibt dazu, die Entente sei im Irrtum, wenn sie glaube, daß es irgend eine deutsche Regierung gäbe, die solche Bedingungen unterschreibe. Wenn die gegenwärtigen Machthaber von drüben glauben,

mit den Bewohnern des Saargebiets fertig werden zu können, so sollen sie die Sache selbst in die Hand nehmen, und solche Entschädigungen seien auch nicht von uns hereinzubekommen, selbst wenn man das letzte zerrissene Bettuch uns unter dem Leibe weg und die letzten Stiefel von den Füßen ziehe. Und der ehemalige deutsche Finanzminister Helfferich sagte zu den finanziellen Forderungen, sie seien heller Wahnsinn. Heute Deutschland alle Entschädigungen des ganzen Weltkriegs aufzuliegen, bedeute nichts anderes als das deutsche Volk zu Arbeitssklaven für die westlichen Völker zu machen. Wir seien heute durch den Weltkrieg vom Gläubiger zum Schuldnerstaat geworden, denn unser Besitz an ausländischen Werten sei durch den Handelskrieg zu 4/5 ausgezehrt. Die 5 Milliarden Kriegsschuldigung, die wir 1871 von den Franzosen gefordert hätten, hätten 2 1/2 Prozent des damaligen französischen Volkvermögens ausgemacht.

Es wird sich nun fragen, ob die Alliierten gewillt sind, die Sache auf die Spitze zu treiben, oder ob sie in ihrem eigenen Interesse Mäßigkeit zu üben vermögen. Q. S.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Protokolle der Deutschen Waffenstillstandskommission.

(W.S.) Berlin, 12. April. Die Deutsche Waffenstillstandskommission hat gegen die Verschleppung der in Ungarn internierten Deutschen zur Zwangsarbeit protestiert. Hierfür haben die Alliierten diese Truppen als Kriegsgefangene erklärt. Dagegen hat die Deutsche Waffenstillstandskommission nochmals Einspruch erhoben. Am 25. März hatte die deutsche Regierung in einer in Spaa überreichten Note erklärt, sie behalte sich, falls die Meldung über den Verkauf deutscher U-Boote durch England wahr sei, alle Reklamationen aus einer solchen den Friedensverhandlungen vorgehenden Wahnvorstellung vor. Bis heute ist die deutsche Regierung noch ohne Antwort auf die Note. Sie hat daher erneut um beschleunigte Beantwortung der in ihr gestellten Frage.

Der Ententenvölkerbundsentwurf.

Paris, 14. April. Nach einer Neuermeldung ist der Entwurf des Völkerbunds hier veröffentlicht worden. Nach dem Entwurf wird der Völkerbund gegründet, um ein internationales Zusammenarbeiten zu fördern und den Frieden zu sichern. 1) Der Völkerbund wird umfassen: a) alle kriegführenden Staaten, die in einem dem Entwurf beigegebenen Schriftstück genannt sind, b) alle neutralen Staaten, die ebenfalls genannt sind, c) in Zukunft jedes Land mit Selbstregierung, dessen Zulassung von zwei Dritteln derjenigen Staaten, die bereits Mitglieder des Bundes sind, gutgeheißen wird. Der Bund wird seine Tätigkeit ausüben durch eine Versammlung von nicht mehr als drei Vertretern eines jeden Gliedstaats, von denen der Gliedstaat jedoch nur eine Stimme hat und einen Rat, der zunächst aus je einem Vertreter der fünf Großmächte und je einem der vier anderen Mächte gebildet wird. Die Entschlüsse beider Körperschaften müssen einstimmig sein, außer in gewissen Fällen, die durch Stimmeneinheit entschieden werden. 2) Die Gliedstaaten kommen überein: a) ihre Rüstungen zu vermindern, b) sich über ihre gegenwärtigen militärischen Rüstungen und ihr Marine- und Heeresprogramm vollständig zu unterrichten, c) gegenseitig ihr Gebiet und ihre politische Unabhängigkeit zu respektieren und gegen einen fremden Angriff zu sichern, d) alle internationalen Streitigkeiten entweder einem Schiedsgericht oder einer Prüfung durch den Rat zu unterbreiten, in keinem Fall aber zum Krieg zu schreiten, bevor drei Monate nach einem Urteilspruch verlossen sind, e) einen Staat, der den vorkriegenden Vertrag gebrochen hat, zu bestrafen als habe er seine kriegerische Handlung gegen den Völkerbund begangen und alle wirtschaftlichen und anderen Beziehungen mit ihm abzubrechen, f) keinen bindenden Vertrag in Erwägung zu ziehen, bevor er dem Völkerbund mitgeteilt wurde, welcher dann zur Veröffentlichung desselben schreiten wird. Ein Staat, der seine Verpflichtungen bricht, darf von dem Rat aus dem Völkerbund ausgeschlossen werden. 3) Die ehemaligen deutschen Kolonien und das Gebiet des otomanischen Reiches werden im Interesse der Zivilisation durch dazu ausgewählte Staaten in der Eigenschaft als Mandatare des Völkerbunds verwaltet, der seinerseits die allgemeine Oberaufsicht führen wird. Die Gliedstaaten übernehmen Verantwortlichkeiten in Bezug auf Arbeitsbedingungen. Der Völkerbund wird anerkannt als zentrale Körperschaft, die sich zur Aufgabe setzt, im allgemeinen jede Art internationaler Tätigkeit gleichzuordnen und zu unterstützen.

Antworte des internationalen Frauenrats für den Völkerbund.

(W.S.) Rotterdam, 12. April. Dem „N. N. Courant“ wird aus Paris gemeldet: Die Kommission für den Völkerbund empfing eine Abordnung des internationalen Frauenrates, die folgende Wünsche übermittelte: 1. Daß die Frauen unter denselben Bedingungen wie die Männer in die vom Völkerbund errichteten Ausschüsse und Gruppen gewählt werden sind. 2. Daß die Staaten, die dem Völkerbund angehören, den Mädchenhandel abschaffen und bezüglich der Prostitution Gesetze schaffen. — 3. Daß der Völkerbund das Prinzip des Frauenwahlrechts anerkennt. — 4. Daß die Nationen, die dem Völkerbund beitreten, die Volkserziehung fördern und daß ein internationales Erziehungsbureau eingerichtet, und 5. Daß der Völkerbund ein ständiges internationales Bureau zur Förderung der Volksgesundheit einrichtet.

Die Pharisäer an der Themse.

London, 14. April. Im Unterhaus fragte Lyke, ob die alliierten Regierungen die Absicht hätten, von Holland die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers zu verlangen. Bonar Law antwortete, die von der Friedenskonferenz ernannte Kommission zur Untersuchung dieser Frage habe ihren Bericht erstattet, er könne aber jetzt keine Erklärung über diesen Gegenstand abgeben. Lyke fragte ferner, ob

Bonar Law wisse, daß in England eine sehr starke Stimmung dafür vorhanden sei, daß der Erverbrecher von Europa bestraft werde. Bonar Law antwortete, er sei sich dieser Stimmung wohl bewußt; die britische Regierung teile sie.

Der irische Freiheitsdrang.

Amsterdam, 14. April. Nach dem „Allgemeinen Handelsblatt“ hat das republikanische irische Parlament in Dublin eine Zusammenkunft abgehalten. Bei dieser Gelegenheit entwickelte Präsident Devotera seine Politik und sagte, die Ueberwältiger von Irland würden nicht mehr zu sagen haben als die republikanische Regierung für gut finde. Die letztere könne aber ohne die notwendigen Gelder nicht weiterarbeiten. Darum sei die Aufnahme einer Anleihe von einer Million Pfund und Sterling beschlossen worden, wovon ein Viertel im Ausland untergebracht werden solle. Das Parlament hat seine Zustimmung dazu erteilt.

Die Entente und Mexiko.

Berlin, 15. April. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge melden die „Baseler Nachrichten“ aus Mexiko: Der frühere Kriegsminister des Präsidenten Huerta, General Blanquet, ist in Mexiko gelandet. Er wird sich mit seinen Streitkräften den 40 000 Mann des Generals Diaz anschließen. Sie suchen gemeinsam durch eine neue Revolution den jetzigen Präsidenten, General Carranza, zu stürzen und durch eine neue Regierung zu ersetzen, welche die liberale Verfassung von 1857 herstellt. Die neue Regierung soll ententefreundlich werden. — Carranza wollte sich die Amerikaner vom Leibe halten, das wird ihm verübelt. Deshalb muß er geküßt werden. In Mexiko aber werden die Unruhen solange geführt, bis das reiche Land den Amerikanern verfallen ist. Die Schrift.

Unruhen in Mailand.

Berlin, 15. April. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ kam es in Mailand wegen der Auflösung einer Volksversammlung zu großen Straßentumulten, bei denen es Tote und Verwundete gab.

Deutschland.

Volkswahl in Baden.

Karlsruhe, 14. April. Bei der gestrigen Volksabstimmung wurde die Verfassung mit 355 000 gegen 20 000 Stimmen angenommen. Für die Fortsetzung der Nationalversammlung als Landtag stimmten 355 000 dagegen 21 000. Die Bezirke Rehl und Konstanz fehlen noch. Die Stimmbeteiligung betrug 30 bis 35 %. Die gestrige Volksabstimmung in der Republik Baden ist die erste im deutschen Reich, die seit dem Umschwunge vorgenommen worden ist. Die demokratische Partei, die Zentrumspartei, die Mehrheitspartei und die Deutsch-Nationale Partei hatten ihre Wählererschaft aufgeföhrt, sowohl für die Verfassungsvorlage als auch für die Verlängerung der Mandate der Nationalversammlung für den bevorstehenden Landtag mit Ja zu stimmen. Nur die Unabhängigen hatten die Parole Nein ausgegeben.

Beamtenstreik in der Badischen Anilin- und Sodafabrik.

(W.S.) Ludwigshafen a. Rh., 12. April. In der gestern abgehaltenen Versammlung der streikenden Beamten der Badischen Anilin- und Sodafabrik wurde mitgeteilt, daß die Beamten des Merseburger Zweigwerkes in den Sympathiestreik eingetreten seien. Wenn die Firma nicht in letzter Stunde die gestellten Forderungen bewilligt, werden in den Sympathiestreik eintreten die Beamten der ganzen Interessengemeinschaft der Anilinfabriken und die gesamte Angestelltenchaft der Stadt Ludwigshafen. Die Arbeiter stehen geschlossen hinter den Beamten, arbeiten aber weiter, um nicht unmögliche Zustände zu schaffen. Auch die französische Betriebsbehörde hat den Streikenden ihre Sympathie und Unterstützung zugesichert. Die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabriken erklärte sich bereit, einmalige Zulagen von 4 300.— für Verheiratete, 200 M für Unverheiratete und 100 M für Unmündige, sowie eine Erhöhung der laufenden Teuerungszulage um 30 M monatlich, rückwirkend ab 1. 1. 19, ferner je nach der Entwicklung der Verhältnisse eine einmalige Zulage von 600 M zu bewilligen. Mehr konnte nicht angeden werden, da die Betriebe seit November v. J. aus Mangel an Kohle und sonstigen Rohmaterialien so gut wie stillstehen.

Fortgang der Kämpfe in München.

Bamberg, 14. April. Bei der Regierung Hoffmann sind Mitteilungen aus München eingelaufen, wonach die Spartakisten und Anhänger des Räteystems in München mit den Regierungstruppen um die Macht ringen. Es kam zu schweren Straßenkämpfen. Die Spartakisten besaßen den Hauptbahnhof mit Minen, wobei es Tote und Verwundete gab. Darauf wurde der Bahnhof von ihnen gestürmt und befindet sich ebenso wie einige Staatsgebäude in ihrer Gewalt.

Augsburg, 14. April. Bis heute ist weder eine telephonische noch telegraphische Verbindung mit München möglich. Auch der Personenverkehr von München aus ruht. Es schweben Gerüchte über schwere Unruhen durch die Stadt. Der Stadtkommandant Erdmann hat sich mit der Augsburger Delegation heute früh 9.30 Uhr im Sonderzug nach Bamberg begeben, um der Regierung Hoffmann über das Ergebnis der gestrigen Versammlung Mitteilung zu machen.

Berlin, 14. April. Nach den letzten hier eingetroffenen Nachrichten ist die kommunistische Herrschaft in München noch keineswegs niedergeworfen. In den Straßen der bayerischen Hauptstadt tobt ein heftiger Kampf zwischen den regierungstreuen Truppen und den Roten Garden. Der Hauptbahnhof, die Post, das Haupttelegraphenamt und andere öffentliche Gebäude befinden sich in den Händen der Kommunisten.

Gegen die Sozialisierung und Kommunalisierung der Lebensmittelwirtschaft.

Berlin, 13. April. Dem Hauptauschub für freie Nahrungsmittelwirtschaft, der vor einigen Tagen ins Leben trat und

dessen Ziel es ist, sich gegen die planlose Sozialisierung und Kommunalisierung der Lebensmittelwirtschaft energisch zur Wehr zu setzen, sind bereits 65 Verbände usw., darunter die maßgebenden Spitzenverbände dieser Branche, beigetreten. Ebenso haben sich zu dieser Gründung eine große Anzahl von Firmen und Einzelpersonen im ganzen Reich zustimmend geäußert, und ihren Beitritt in Aussicht gestellt. Die Geschäftsführung hat deshalb beschlossen, den ersten grundlegenden Vertretertag des Hauptausschusses für den 10. und 11. Mai nach Berlin einzuberufen. Eine Reihe größerer Kundgebungen ist in allen großen Städten in Aussicht genommen und zum Teil schon in Vorbereitung. Eine große Kundgebung ist während der Leipziger Messe geplant.

Die Leipziger Studenten für den Ostschuß.
Leipzig, 13. April. In einer in der Universität abgehaltenen Studenterversammlung wurde über die Schließung der Universität und die Stellung zum Grenzschuß verhandelt. Eine Entschließung fordert die gesamte Studentenschaft auf, sich den bestehenden Reichswehrformationen zur Verfügung zu stellen, sobald die Reichsregierung einen entsprechenden Aufruf erläßt. Das Wintersemester soll sofort geschlossen und der Beginn des Sommersemesters unter gewissen Bedingungen verschoben werden, falls sich die politische Lage weiter verschärfen sollte. Schließlich wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß sämtliche deutsche Hochschulen sich dem Beschluß der Leipziger Studentenschaft anschließen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 15. April 1919.

Die Verfassung des Volksstaats Württemberg.
Der Abgeordnete Rechtsanwalt Dr. Bötz leitete am Freitagabend seinen Vortrag über „Die Verfassung des Volksstaats Württemberg“ dadurch ein, daß er darauf hinwies, wie in dem politischen und wirtschaftlichen Chaos, das zurzeit in Deutschland herrsche, die anerkannten Regeln der Demokratie durchbrochen seien. Wirtschaftlich stehe der Zusammenbruch vor der Tür und es sei erstes Erfordernis der Lebensnotwendigkeit, daß wir wieder zu den festen Fundamenten einer rechtlich begründeten Staats- und Wirtschaftsauffassung zurückkehren. Angesichts der politischen Unsicherheit sei es sehr schwierig gewesen, die Verfassung eines Gliedstaates zu schaffen, wenn man nicht wisse, ob das Bundesstaatsverhältnis bleiben werde, oder ob das Reich erweiterte Rechte fordern werde im Sinne einer größeren Vereinheitlichung. Unter Umständen werde man deshalb gezwungen sein, nach Fertigstellung der Reichsverfassung das württembergische Verfassungswort nochmals einer Durchsicht zu unterziehen. Im Verfassungsausdruck sei die Arbeit immer wieder durch eine kleine rücksichtslose Minderheit bedroht worden. Die zurzeit führende Partei befinde sich in einer außerordentlich schweren Situation. Sie habe die Revolution gemacht, und werde gedrängt, das Erfurter Programm durchzuführen, während ihre leitenden Köpfe einsehen, daß es den Untergang des Wirtschaftslebens bedeuten würde, da jedenfalls das Programm nicht ohne die schärfsten Gegenstände und Kämpfe durchgeführt werden könnte. Neben sich habe die Minderheitspartei aber eine wachsende Macht, die vor nichts zurückschrecke, in den Unabhängigen und Spartakisten, die unser armes Vaterland nicht zur Ruhe kommen lassen, bis wir in den russischen Selbstvernichtungszustand geraten sind. Die Geister, die man gerufen habe in den Friedensjahren, werde man nun nicht so leicht wieder los. Auf der andern Seite stehe eine Partei, klein an Zahl, doch taktisch geschickt operierend, in der Opposition, die lediglich Anträge stelle, die auf Stimmgang ausgingen, wodurch die Arbeit ebenfalls erschwert werde. Die Parteien, die hinter der Regierung stehen, hätten es nicht für nötig gefunden, das Verfassungswort mit allen juristischen Feinheiten auszubereiten, was in der kurzen Zeit auch nicht möglich gewesen wäre. Es handle sich auch nur um ein Wort, das uns ermöglichen solle, politisch und wirtschaftlich weiter zu arbeiten. Die Deutsche Demokratische Partei habe in manchen Punkten starken Widerstand gefunden. In prinzipiellen Programmpunkten habe man handgehalten, während man in minder wichtigen Punkten im Interesse des Ganzen nachgegeben habe. Die Frage des Wahlalters sei nicht als so wichtig angesehen worden, daß man deshalb das Verfassungswort hätte scheitern lassen, umso mehr seien aber in den Fragen des Wirtschaftslebens und den grundlegenden Fragen des Kulturlebens, d. h. des Verhältnisses von Staat und Schule und Staat und Kirche, die Parteien von ihrem grundsätzlichen Standpunkt nicht abgewichen. Bezüglich der Stellung zum Reich habe man Wert darauf gelegt, in der inneren Verwaltung noch selbständiger Gliedstaat zu sein, aber doch sei man bereit, im Gesamtinteresse alte Reservatrechte zu opfern. In dieser Zeit der Not habe man keinen Sinn mehr dafür, daß die Eisenbahnen den Vermerk „Württembergisch“ tragen, und daß man württembergische Briefmarken besitze. Die innere Verwaltung und das kulturelle Gebiet solle aber im Rahmen des Bundesstaats bleiben, wo es besser geregelt werden könne, als von Berlin aus. Unter der allgemeinen Zentralisation habe man in Berlin während des Krieges genug gelitten. Was die Erhaltung des bundesstaatlichen Charakters anbelange, so wisse man nicht, ob nicht mit einem größeren Schwere deutschen Bundesstaat zu rechnen sei, der Württemberg, Baden, Hessen und die Bayerische Rheinpfalz umfasse, so daß man in Bälde eine neue Verfassungsgrundlage ausarbeiten könnte. Die Verfassung ruhe auf den Grundlagen des volksstaatlichen Gedankens im Gegensatz zum bisherigen Staat. Das Volk bestimme sein Geschick selbst. In beschränkten Fällen sei sogar eine Volksabstimmung vorgesehen. Es könne aber durch Stimmsammlung erreicht werden, daß das Volk über jedes vom Landtag verabschiedete Gesetz abstimmt. Das werde jedoch verhältnismäßig selten geschehen, da der Landtag als Volksvertretung doch im allgemeinen die Stimmung des Volkes widerspiegeln, und jeder Staatsbürger dasselbe Recht habe. Das sei der grundlegende Unterschied gegenüber der Räterepublik, wo nur gewisse Kreise die Macht hätten, und damit das staatliche Recht bestimmen. Auf 20 000 Einwohner sei 1 Abgeordneter gerechnet. Es würden im neuen Landtag also 120 Abgeordnete sein. Bisher seien es in beiden Kamern etwa 130 bis 140 gewesen. Der Landtag habe das Recht der Gesetzgebung und der Überwachung der Staatsverwaltung. Er bestimme auch die Staatsleitung. Alle vier Jahre werde er von neuem gewählt. Die Sozialdemokratie habe eine längere Wahlperiode gewünscht, aber es sei doch anzunehmen, daß die Stimmung im Volke nicht so schnell wackele, dann sei der Wahlapparat sehr teuer, und das wirtschaftliche Leben leide ebenfalls darunter. Und schließlich habe man auch Reichs- und Gemeinderatswahlen. Der Landtag wähle einen Staatspräsidenten, der aber zugleich Ministerpräsident ist. Das Ministerium muß vom Landtag bestätigt werden und kann jederzeit vom Landtag ein Misstrauensvotum erhalten. Theoretisch erlaube das gefährlich wegen der etwaigen häufigen Ministerkrisen, aber praktisch werde diese Gefahr nicht so scharf in Erscheinung treten, weil das Ministerium doch aus den Reichsparteien gewählt werde, und die Volksstimmung sich nicht so schnell ändere. Die Bürgerpartei habe eine Erste Kammer verlangt, die aus Vertretungen der verschiedenen Gewerkschaften zusammengesetzt sei. Man sehe daraus, daß die

Ämliche Bekanntmachungen.

Geschäftsordnung für das Bezirksarbeitsamt Calw.

Auf Grund des § 8 der Satzung für das Bezirksarbeitsamt wird vom Verwaltungsausschuß mit Genehmigung des Bezirksrats folgende Geschäftsordnung aufgestellt:

§ 1. Das Arbeitsamt ist an den Werktagen geöffnet, und zwar vormittags von 8 Uhr bis 12 Uhr und nachmittags von 2 Uhr bis 6 Uhr, ausgenommen Samstag, an welchem Tag das Arbeitsamt von 8 bis 3 Uhr mittags geöffnet ist.

§ 2. Die Arbeitsvermittlung geschieht auf Grund von Karten, die für Arbeitgeber und Arbeitsuchende, männliche und weibliche Arbeitsträger und nach Berufsgruppen getrennt geführt werden. Die Karten für Arbeitgeber müssen enthalten: Tag der Anmeldung, Name und Geschäftssitz, Zahl und Art der gesuchten Arbeitsträger, Angabe über Lohn und Arbeitsbedingungen, besondere Bemerkungen.

Die Karten für Arbeitsuchende müssen enthalten: Tag der Anmeldung, Name, Alter und Geburtsort, Familienstand, Wohnung, Art der gesuchten Beschäftigung, besondere Bemerkungen; bei Lehrlingen außerdem noch Name des Vaters und die Bezeichnung der besuchten Schule.

§ 3. Die Eintragung der Gesuche geschieht auf Grund von schriftlichen oder mündlichen Anzeigen. Vordrucke zu schriftlichen Anzeigen werden unentgeltlich abgegeben.

§ 4. Die Art der Erledigung von Gesuchen wird auf den Karten vermerkt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind verpflichtet, dem Arbeitsamt von dem Erfolg einer Zuweisung sofort Mitteilung zu machen; desgleichen wenn das Gesuch auf andere Weise ohne Zutun des Amtes seine Erledigung gefunden hat.

Arbeitgeber, welche dies unterlassen, haben die ihnen vorgewiesenen Arbeitsuchenden für die Reise zu entschädigen, mindestens ihnen aber die Kosten für Hin- und Rückfahrt zu ersetzen.

§ 5. Die Gesuche, die nicht binnen 14 Tagen erledigt oder zurückgezogen werden, gelten als erledigt.

Die Erneuerung eines Gesuchs wird an alter Stelle vorgemerkt und läuft von da ab weitere 14 Tage.

Die Streichung der Gesuche erfolgt jeweils am Wochenschluß.

§ 6. Die Zuweisung von Arbeitsuchenden an die Arbeitgeber erfolgt mittels Karten, auf welchen der Arbeitgeber die Annahme oder Nichtannahme des zugewiesenen Arbeitnehmers schriftlich zu bestätigen hat.

§ 7. Das Arbeitsamt wird nach außen durch den Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses vertreten.

Der Vorsitzende und die Mitglieder des Verwaltungsausschusses haben die Pflicht, die Geschäftsführung des Arbeitsamts zu überwachen; zu diesem Zweck steht ihnen das Recht zu, den Geschäftsbüchern jederzeit Einsicht zu nehmen.

§ 8. Beschwerden über die Geschäftsführung oder über die Angeestellten des Arbeitsamts sind bei dem Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses anzubringen. Wenn dieser nicht sofort Abhilfe schaffen kann, hat er die Beschwerde dem Verwaltungsausschuß vorzulegen. Gegen dessen Entscheidung steht dem Beteiligten das Recht der Beschwerde an den Bezirksrat zu, welcher endgültig entscheidet.

Calw, den 7. April 1919. Bezirksrat: Gös, Vorsitzender.

Der Landesauschuß für Säuglingschutz Württemberg hat dem Oberamt eine Anzahl von Gummifragen für alle sieben Monate alten Säuglinge des Bezirkes, ohne Unterschied der Familie und deren Vermögensstand, unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Es handelt sich um ein Geschenk von zwei egyptischen Organisationen, nämlich Hilfswerk für die Deutschen und Frauenausschuß für dauernden Frieden, an die Deutsche Wohlfahrtsstelle.

Die (Stadt-)Schultheißenämter wollen daher die Namen der Familien binnen einer Woche hierher melden, die einen Gummifragen wünschen.

Calw, den 11. April 1919. Oberamt: Gös.

Extreme sich berühren; denn das komme doch dem Räteystem, das die Unabhängigen verlangen, nahe. Außerdem wäre das ein äußerst komplizierter Apparat. Eine solche Ständevertretung würde zu einem stetigen Gegenstand in sich führen. Die wirtschaftlichen Erwerbsgruppen gehören unter sich verbunden. Vertreter aller Erwerbsstände sollen ständig mit der Regierung und den Beamten zusammenarbeiten. Diese Aufgabe soll den wirtschaftlichen Beiräten zufallen. Diese Beiräte aus allen Erwerbsständen sollen bei allen wichtigen Sachfragen gehört werden, ehe diesbezügliche Bestimmungen der Gesetze herausgegeben werden. Die Verwaltung soll so auch mehr Fühlung mit den wirklichen Kreisen bekommen. Auf der andern Seite wolle man aber auch nicht verzichten auf ein gutgeleitetes, tüchtiges Beamtentum, und man verzichte auf die Beamtenschaft, weil dadurch keine Fortschritte erreicht würden. Die Beamten werden vom Staatspräsidenten ernannt, und ihre berechtigten Anwartschaften sollen beibehalten werden, ebenso wie die Sicherheit ihrer Lebensverhältnisse. Bei Streitigkeiten in der Verwaltungsrechtspflege sollen sie nur dem Gesetz bei Fällung des Urteils unterworfen, also unabhängig von politischen Einflüssen sein. Der Landtag hat auch eine ausschlaggebende Macht in der Steuererhebung und bei Aufstellung des Staatshaushalts. Eine gewisse Sicherung gegen zu große Ausgabenfreudigkeit des Landtags liege in der Vorschrift der wiederholten Beratung. In den kulturellen Fragen sei es zu einer grundsätzlichen Einigung zwischen den jüdischen, bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie gekommen. Die Wehrzeit habe der evangelischen, katholischen und israelitischen Kirche das Recht als öffentliche Körperschaft zugesprochen, ebenso das Bestenrechtsrecht, und Renten zur Unterhaltung der Kirchen auf der Grundlage der heutigen Bedürfnisse ausgelegt. Gebäude und Grundstücke des Staates, die kirchlichen Zwecken dienen, gehen in das Eigentum der Kirche über. Das Schulwesen steht nur unter der Aufsicht des Staates, aber die Religion wurde als ordentliches Fach anerkannt. Der Religionsunterricht wird konfessionell in allen Schulen gegeben. Allerdings kann kein Lehrer wider seinen Willen gezwungen werden, Religionsunterricht zu geben, und auch die Kinder dürfen nicht bei Widerspruch der Eltern zur Teilnahme am Religionsunterricht gezwungen werden. Die Gründung von Privatschulen ist zugelassen unter Beibehaltung des staatlichen Aufsichtswesens. Der Redner betonte, daß das religiöse Leben dem Volke erhalten bleiben müsse, und daß man an diesem Gesichtspunkt unbedingt festhalte, weil man nicht gewisser Theorien wegen das Volk in schwerer seelischer Not bringen dürfe. Was nun die Einführung wirtschaftlicher Reformen in die Verfassung anbelange, so sei diese Frage

unter den Schutz der Verfassung gestellt worden. Es würden ganz bestimmte Richtlinien herausgearbeitet, nach denen Zwangsenteignung stattfinden dürfe. Entschädigung sei aber immer die Voraussetzung. Der wirtschaftlich schädliche Großgrundbesitz solle aufgeteilt werden im Interesse der größeren Produktion. Die Waldungen würden natürlich nicht aufgeteilt, weil hier die großzügige Bearbeitung nötig sei. Die Vergeßlichkeit von Wirtschaftszweigen werde vorgenommen, wenn sie nach ihrer Besonderheit und dem Stand ihrer Entwicklung dazu reif seien. Wir haben diese Tatsache ja schon seit Jahrzehnten, bei der Eisenbahn, im Postwesen, bei gewissen Hilfsbetrieben. Durch die Vergeßlichkeit solle verhindert werden, daß Riesenbetriebe zum Schaden der Allgemeinheit in eine Hand oder in die Hände der Großfinanz gerate. Italien habe mit der Verstaatlichung des gesamten Versicherungswesens keine guten Erfahrungen gemacht. Der kleine und mittlere Grundbesitz, das kleinere und mittlere Gewerbe, und die Arbeitskraft der Angestellten und Arbeiter soll durch verfassungsmäßige Bestimmungen vor der Ausbeutung geschützt werden. Außerdem könne dem Mittelstand weniger durch theoretische Gesetzgebung als vielmehr durch praktische Hilfe in Einzelfällen geholfen werden. Und in dieser Hinsicht sei aus den Kreisen der Deutschen Demokratischen Partei viel getan worden. Aus ihren Kreisen heraus sei die Kriegshilfe entstanden, die schon vielen Angehörigen des selbständigen Mittelstandes, die über den Krieg schwer gelitten haben, geholfen hätte, und der Wg. Staudenmeyer habe auf diesem Gebiet ja bekanntlich schon sehr viel getan. Der Mittelstand sei verfallen und verkauft, wenn er sich den rückständigen wirtschaftlichen und politischen Kreisen anschließe; er habe nur Aussicht auf Erfolg, wenn er sich eine fortschrittliche Arbeitsweise aneigne und seine Organisation ausbaue. Zum Schluß seiner Ausführungen richtete der Redner an alle ordnungsliebenden Kreise die Mahnung mit ihrer Person für die Regierung einzutreten, wenn eine gewalttätige Minderheit nochmals eine Machtprobe versuchen solle. — Der Vorsitzende dankte den beiden Rednern für ihre interessanten, aufklärenden Vorträge, und hob hervor, daß aus den Ausführungen des letzten Redners hervorgehe, daß die Deutsche Demokratische Partei ihre Besprechungen bezüglich der Sozialisierungsfrage und ihrer Haltung zu den Schul- und Kirchenfragen eingehalten habe, daß also alle Anfeindungen nach dieser Richtung unberechtigt gewesen seien.

Ein Postzweiten-Ausflug.

Das war eine muntere Schar, die am vergangenen Mittwoch nachmittags 8 Uhr auf dem Vill-Weissensteiner Bahnhof aus dem Zug nach Pforzheim herauswimmelte, zum Teil aus den unverbildeten Volkern 2. Klasse. Es waren die Calwer Postzweiten, denen sich der größte Teil ihrer Klassenkameraden angeschlossen hatte, zusammen 85 Knaben. Nach wenigen Minuten fanden sie in Marbachkolonne wohlgeordnet auf dem Vorplatz des Bahnhofs marschbereit an der Spitze der Trommler und Pfeifer mit ihrem strammen Tambourmajor. Und nun ging's mit fröhlichem Jubel in den frischen, sonnendurchleuchteten Morgen hinein über den flachen Bergrücken hinüber ins Engtal, durchs lange Birkenfeld hinauf auf die luftigen jenseitigen Höhen, die ein malträtiertes Pläthen zu einer ersten Magenstärkung boten. Der hübsche Ausblick während der Fahrt wurde durch Gräbenhüfen, wo schon einzelne blühende Pflaumen und Kirschbäume die Wandernden verheißungsvoll gekitzten, und Anbach zum Marzschilf Felder, das um 12 Uhr erreicht wurde. Unter Trommelklang und Pfeifenhall war man durch die berührten Ortschaften gezogen, wurde in Feldern einmarschiert. Dort folgte die erwünschte Ruhe, und Futterpause, die mit 3/4 Stunden reichlich bemessen war. Nicht so war es bei allen Ausflügen, mit den Verpflegungsrationen bestellt, sie waren an dem Tage alle Selbstverfolger mit Nachschubmagazin und da das heilam ausgehende amtliche Kartenstempel fehlte, waren die Magazine sehr verächtlich reichlich von der mütterlichen Versorgungsstelle gefüllt. Da aber ein Quartiermacher vorausgegangen war, so füllten „Krone“ und „Hirsch“ den Mangel trefflich aus, und die Jungen schliefen mit Befriedigung: „Hier ist gut sein.“ Unter Gesang und Orchesterkonzert, Rästelraten und Erzählen, Kartenzeichnen und sonstiger Unterhaltung vergingen ihnen die Stunden reich, bis nach 3 Uhr zum Abmarsch getrommelt wurde. 3/4 Uhr ging's den „schönsten Wiesengrund“ hinauf an Conweller vorüber durch Schwann auf die „Schwanner Warte“, die dem sonst so kurz gehaltenen Calwer Auge einen herrlichen sonnenbeglänzten Fernblick ins badische Land hinein bot. Wie sonst im Leben folgten auf Höhen Tiefen, durch Wald zog man hinab ins Engtal nach Neuenbürg hinein, am Schloßberg vorbei und die Höhe hinan nach Engelsbrand, die strapazierendste Strecke des Tages. Doch schließlich kamen auch die letzten Nachzügler, freilich zum Teil in etwas aufgeregter Verfassung, vor Engelsbrands Etter an, Trommel und Pfeifen weckten die Lebensgeister, was das nötig war, und weiter ging's in Schritt und Tritt durch Engelsbrand und Grundbach, von dem in roter Stüt hinabtauchenden Sonnenball zum Abschluß geglättet. Rasch kam die junge Mannschaft unter Gesängen, vom Mondschein begleitet vollends ins Nagoldtal hinab, 1/9 Uhr wurde noch flott in Unterreichenbach einmarschiert, wo der geräumige Eibenaal noch auf ein Stündchen den ermüdeten Beinen erwünschte Ruhe bot. Mit obligater Verpöpfung brach sie endlich der Zug um 10 Uhr in die liebe Heimat zurück. Ein Marsch von rund 8 1/2 Stunden lag hinter den jungen Wanderern, aber keiner von allen ist dahingekommen; für alle Mäthen des Marzches wurden sie durch den prächtigen, frischen Sonntag, durch die Schönheit und Lieblichkeit der Landschaft, durch die mannigfaltigen Eindrücke vollumfänglich. Musterhaft haben sich alle auf dem Marsch und im Quartier gehalten, es war eine Freude, mit ihnen zu wandern; wenn es so im ganzen deutschen Lande wäre, dann wäre es gut bestellt. „O Schwarzwalde, o Heimat, wie bist du so schön!“ mit dem Klang gings zum Schluß zum Bahnhof, das klingelt gewiß noch lange in den jugendlichen Gemütern fort.

Keine Kohle.

Nach den Mitteilungen, die Unterstaatssekretär Hühler am Sonntag in der Landesversammlung der Vereinigung der mittleren Beamten des würt. Sekretariats gemacht hat, ist seit 14 Tagen kein Röhren Kohle nach Württemberg gekommen; auch sind keine Kohlen nach unserem Lande unterwegs. Die würt. Staatsregierung habe sich infolgedessen genötigt gesehen, der Reichsregierung mitzuteilen, daß sie den würt. Bahnverkehr noch im Laufe des Monats stilllegen müsse, wenn wir keine Kohlen bekommen. Unterstaatssekretär Hühler wies im Zusammenhang noch darauf hin, daß eine solche Stilllegung unseres gesamten Bahn- und Postverkehrs als Folge einer Nichtanlieferung von Kohlen Wasser auf die Mühle des Spartakismus wäre.

Einschränkungen des würt. Eisenbahnverkehrs wegen Kohlenmangels.

Stuttgart, 14. April. Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen teilt mit: Nachrichten aus dem Verkehrsamt. Wegen Ausfalls der Anfuhrung aus dem bayerischen und preussischen Strecken infolge Kohlenmangels fallen von Dienstag, 15. April an, die Züge D 147 Stuttgart—Crailsheim, Stuttgart ab 6.48 vormittags, und D 148 Crailsheim—Stuttgart, Stuttgart an 11.30 Uhr nachts, bis auf weiteres aus. Wegen Kohlenmangels sieht sich die württembergische Eisenbahnverwaltung veranlaßt, den an den Osterfeiertagen ruhenden Güterverkehr auch am Samstag, den 19. April, einzustellen. Während der Zeit vom 18. bis 21. April ds. Js. werden daher Eil- und Frachtaufwendungen (Stückgut und Wagenladungen) nicht angenommen und bereits aufgegebenen nicht befristet.

Calw/Alpirsbach, den 14. April 1919.

Statt besonderer Anzeige.

Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Mutter und Großmutter

Christiane Schray

gestern Abend sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Wilhelm u. Christian Schray mit Familien.

Beerdigung Mittwoch Mittag 1 1/2 Uhr.

Lützenhardt, den 15. April 1919.

Todes-Anzeige.

Nach langem bangen Warten ist es uns zur Gewißheit geworden, daß unser hoffnungsvoller und innigstgeliebter Sohn, Bruder und Nefse

Jakob Dittus,
 Musketier
 in einem Inf.-Regt.,

am 30. August 1918 in englische Gefangenschaft geraten, infolge Rücken- und Bauchschuß am 31. August im Alter von 23 Jahren in treuer Pflichterfüllung den Heldentod fürs Vaterland gestorben ist.

Allen, welche ihm während seiner Dienstzeit Liebe erwiesen haben, sprechen wir unsern herzlichsten Dank aus.

In tiefem Leid:
 die schwergeprüfte Mutter Katharina Dittus,
 die Geschwister und Tante.

Der Trauergottesdienst findet am Karfreitag, den 18. April, nachmittags 3 Uhr in Zavelstein statt.

Im Feindesland dein treues Auge brach,
 Dein gutes Herz tat seinen letzten Schlag.
 Zum fernem Grab schweift trauernd unser Blick,
 In weher Klage ums verlorene Glück.

Wir können Dir jetzt nichts mehr bieten,
 Mit nichts mehr Dein Herz erfreuen,
 So schlaf denn wohl, ruh' still im Frieden,
 Inmigt beweint von Deinen Lieben.
 Auf Wiedersehen!

Althengstett, den 16. April 1919.

Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Sohn, Bruder und Schwager

Gottlob Gründler,
 Musketier i. Inf.-Regt. Nr. 120,
 2. Komp.,

welcher seit August 1918 vermisst war, im Alter von 21 Jahren den Heldentod erlitten hat.

Die trauernden Hinterbliebenen:
 Familie Georg Gründler.

Trauergottesdienst findet am Karfreitag nachmittags 2 Uhr statt.

Mineralwasser-Apparat

mit ca. 700 Flaschen sofort zu verkaufen.
 Näheres durch
Johs. Graze, Handlung, Würtlingen.

Rettenstränge Ketten

für Pferde und Vieh, sowie alle übrigen

sind stets in großer Auswahl vorrätig bei
Emil Netter, Weilberstadt.

Geflügelzüchter!

Züchtet Junggeflügel nur von erprobten Züchtlern! Die Mehrausgabe für Bruteier guter Rassen lohnt sich. Eine höchstmögliche Steigerung der Geflügelprodukte ist im Interesse der Volkswohlfahrt dringend geboten.

Bruteier

guter Rassen geben ab: Schüttele, Gotsche, Ernstlöh (Landesverbandszuchtstation) v. redbuhnfarb. Italienern (St. 50 Pfg.) Löcher, Schurzmann, Calw redbuhnfarb. Italiener (St. 50 Pfg.) Kling, Landwirt im Hau d. Calw redbuhnfarb. Italiener, rosenkammig (St. 50 Pfg.) und Laufenten, geschächt (St. 60 Pfg.) Sannwald, Frau Fabrikant, Calw weiße Italiener, weiße Reichshühner und gestreifte Plymouth-Rodishühner (St. 50 Pfg. an Vereinsmitgliedern 40 Pfg., nur an Selbstabholer) Schmidt, Ingenieur, Hirsau (Landesverbandszuchtstation): schwarze Rheinländer Hühner (St. 50 Pfg.), rehschwarze indische Laufenten (St. 70 Pfg.), Frau Privatier Höflich, Hirsau Kauen-Kreuzungsenten, schwersten Schlags (St. 60 Pfg.) Mast, Forstwart, Liebenzell, gelbe Italiener Hühner (St. 50 Pfg.) und Smaragdenten (St. 1 Mk.) letztere nur in ganz beschränkter Anzahl. Bruteier werden am besten persönlich abgeholt durch Post- und Bahnverwandt, jedoch die Brutfähigkeit.

Zum Bezug von Bruteiern sind Bezugsscheine erforderlich, solche werden durch die (Stadt-) Schultheißenämter ausgestellt. Vereinsmitglieder können Bezugsscheine auch durch Vorstand E. Störz erhalten.

Bez.-Verein für Geflügelzucht.

Für Karfreitag
Stockfische, Mischobst, Pfannkuch & Co.
 Calw. Telefon 45.

8: tung.
 Wichtig für Raucher, reiner Pfeifentabak, Pfund 7,50 M.
 Friedrich Holz, Handlung, Oberreichenbach.

Oster-Eier Oster-Hasen Oster-Geschenkartikel
 empfiehlt Spar- u. Consumverein.

Parkettwiche
 la. la. Bug-Artikel Ritter-Drogerie Calw.

Leder-Satt
 in Gebinden zu 2 1/2 und 5 Kilogr. empfiehlt Franz Mann, Kroneng. 106.

Gummisauger u. Gummischmuller
 empfiehlt E. Erbe, Lützeningen.

Ledertoffer
 Größe 65x40x26 mit Segeltuchschuhhülle, 2 starken Riemen u. guter Innenausstattung zu verkaufen. Zuschr. erb. unter P. 40 an die Geschäftsst. d. Bl.

Entbehrlichkeitshalber sind zu verkaufen:
 2 Kinderfahrräder, wovon der eine guterhalten u. zusammenklappbar, der andere mehr auf das Land passend;
 1 hölzerne Kinderbettlade,
 2 Zitherkästen,
 1 Büste zum Kleidernähen.
 Lederstraße 98, I. Stod.

Zimmer
 mit 2 Betten für junges Ehepaar sofort gesucht. Angebote werden entgegengenommen.
 Stuttgarterstraße 425.

Zu verkaufen:
3 Klassenmützen
 der Realschule, weiß, rot, grün, die grüne Mütze ist noch ganz neu
 Altbürgerstr. 284, 1 Tr.

Vorzügliche Fleischpastete
 Dose Mk. 5.—
Pfannkuch & Co.
 Calw. Telefon 45.

Fahrrad
 gut erhaltenes mit neuer Gummibereifung, Friedensware.
Karl Heim, Gechingen.

Ruh
 (5 Liter Milch 90-95) dem Verkauf aus.
David Kübler.

Herren- und Knabenhosen und Joppen
 b. Desterlin, Hirsau

Statt jeder besonderen Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Fremde und Bekannte zu unserer am Ostermontag, den 21. April, stattfindenden

Nachhochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Alpirsbach freundlichst einzuladen.

Karl Sautter, Alpirsbach,
Räthe Sautter, gb. Reichhardt, Heidenheim/W.

Geschäftsempfehlung.

Meine werthe Kundschaft möchte ich empfehlend erinnern, daß ich nun wieder

eine gute Arbeitskraft besitze

und werde bemüht sein, meine werthe Kundschaft wie in der Zeit des Krieges

gut und gewissenhaft zu bedienen.

Bitte um gütige Berücksichtigung.

Hochachtend
Wm. Zahn, Schuhgeschäft.

Stammheim N. Calw.

Lang- und Sägholz-Verkauf.

Aus den Gemeindevatungen Steincrinne, Beckenacker und untere Nalle kommen im Submissionsweg zum Verkauf:

226 Stück Fichten, Tannen und Forchen
 mit Im. 45,13 I., 55,96 II., 70,95 III., 19,13 IV., 2,65 V. Kl.

Das Holz ist in Lose eingeteilt. Schriftliche Angebote auf einzelne Lose oder das ganze Quantum — in Prozenten der Forstpreise des Forstverbandes Calw für 1919 ausgedrückt — wollen bis spätestens

Donnerstag, den 17. April 1919, vormittags 10 Uhr,
 zu welchem Zeitpunkt die Öffnung der Offerte stattfindet, beim Schultheißenamt eingereicht werden. Auszüge können bei Herrn Forstwart Schnell und Geiger hier bestellt werden.

Gemeinderat.

Betten- und Möbel-Verkauf.

Wegen Entbehrlichkeit verkauft Unterzeichneter am Donnerstag, den 17. April, nachmittags von 1/2 2 Uhr, an gegen Barzahlung:

4 vollständige Betten mit Kösten und steiligen Matratzen zum Teil bereits neu, Wasch-, Nacht- und andere Tisch, 1 Sofa, 1 türtigen Kleider-schrank und Sonstiges.

August Kübler, Schreinermeister, Zavelstein.

Alleinverkauf

Für gesch., hochaktuell. Gebrauchsartikel der Möbelbranche ist die Alleinvertriebslage f. Calw u. Umgeb. noch zu vergeben. Fabrikation erfolgt durch eine der größten Holzbearbeitungsfabriken Deutschlands.

Es wird je nach Größe des Bezirks eine Garantiesumme von Mk. 1000 bis Mk. 3000 verlangt, die aber nach Erledigung der Ordres zurückbezahlt wird. Geeignete Bewerber — möglichst mit Verkaufsraum — wollen gefl. Angebote einreichen unter S. L. 1147 an Rudolph Woffe, Stuttgart.

Wo kauft der Landwirt seine Maschinen?

Geräte? Ersatzteile?

Grosses Lager. Fachmännische Bedienung. Eigene Reparaturwerkstätte. Beizichtigen Sie des Lagers. Wollen Sie Preise ein.

in der **Maschinenhandlung**
Max Zucker, Telefon 41
Weilderstadt